

Verbands-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 17

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementpreis M. 1,50 pro Quartal. Redaktion und Expedition: Hamburg 25, Claus-Broth-Str. 1. Fernspr. 5, 8246.

Hamburg, den 28. April 1917

Anzeigen kosten die fünfgespaltene Normalzeile oder deren Raum 50 Pfg. (Der Beitrag ist stets vorher einzufenden). Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile.

31. Jahrg.

Die Frühjahrszeit muß zur Werbung neuer Mitglieder gut ausgenutzt werden! Darum auf zur Agitation, Kollegen, in allen Filialen und Zahlstellen!

Die Wohnungsfrage nach dem Kriege.

Neben der Sorge für Nahrung und Kleidung spielt die Sorge für eine Wohnung in dem Leben der Kulturmenschen eine sehr wichtige Rolle. Während unsere Vorfahren, die Tiermenschen, in Erdhöhlen hausten und überall dort Unterschlupf suchten, wo sich ihnen Schutz bot gegen die Unbilden der Witterung, während die Nomaden mit ihren Herden und auch die Jägervölker ruhelos das Land durchstreiften, finden wir an der Schwelle der Kultur Menschheit die Sehnsucht nach dem Wohnbau. Nach der griechischen Sage stieg eine freundliche Göttin von den Höhen des Olymps hernieder zu den Menschen und lehrte sie den Ackerbau und die Herstellung fester Wohnungen. Sie machte die Menschen erst zu Menschen, indem sie, nach dem Dichtervort, „in friedliche, feste Güten wandelte das bemeßigte Welt“. Auch heute noch, wie in den Tagen des alten Rom, erscheint uns der heimliche Gedanke das Sinnbild eines menschlichen Zusammenlebens und mit Bedauern blicken wir auf jene armen Menschen, die gezwungen sind, ein zigeunerhaftes Leben zu führen, weil sie nirgends ein gemütliches Heim und eine dauernde Stätte des Weibens finden. Nicht der geringste Vorwurf ist es, den wir dem ausbeuterischen Kapitalismus machen, daß er zahllose Proletarier von dem Mutterboden losreißt und heimatlos macht. Man braucht nur in die Großstädte zu schauen und in die Industriebezirke, um die Scharen jener modernen, proletarischen Hütener zu sehen, die in kurzen Abständen ihren Wohnort oder ihre Wohnung wechseln müssen, so daß sie keine Heimat mehr haben. Diese Opfer des großstädtischen Wohnungselends sind wohl die traurigsten Erscheinungen der Gegenwart, und sie lassen uns am deutlichsten erkennen, welchen hohen wirtschaftlichen und sittlichen Wert eine gute Wohnung für die Gesundheit und das Wohlbefinden eines Menschen und einer Familie hat. Darum ist die Wohnungsfrage eine solche hochwichtige Angelegenheit für jedes Volk, das auf den Namen eines Kulturvolks Anspruch erhebt, ganz abgesehen davon, daß auch zahlreiche Menschen und Erwerbszweige an der Herstellung der Wohnungen ein berufliches und geistliches Interesse haben. Nach der Zahl der Personen, die mittelbar oder unmittelbar dafür tätig sind, marschieren das Baugewerbe unter sämtlichen Erwerbsgruppen an erster Stelle. Man kann es also sehr wohl verstehen, daß sich die Aufmerksamkeit aller Volksteile auf die Lösung der Wohnungsfrage richtet, und daß überall das Bemühen vorhanden ist, auf diesem Gebiete gesunde Verhältnisse zu schaffen.

Schon vor dem Kriege war die Beseitigung des Wohnungselends als eine dringende Forderung vernünftiger Sozialpolitik anerkannt, und es hat nicht an Vorschlägen und Bemühungen gefehlt, die eine Reform unseres Wohnwesens erstrebten. Nach dem Kriege wird die Wohnungsfrage erst recht brennend werden. Wenn unsere Brüder siegreich, wie wir alle hoffen, heimkehren aus dem Lärm der Schlachten und den Entbehrungen der schweren Kriegszeit, so sollen sie eine Heimat finden, in der sie sich heimisch fühlen können. Hierzu ist die Regelung und Gesundung der Wohnungsverhältnisse eines der besten Mittel. Es wäre nicht nur eine Unbilligkeit unseres Vaterlandes, sondern auch eine schlimme Schädigung der Volksgesundheit, wenn die große Masse des Proletariats nach wie vor wieder unter dem Wohnungselend zu leiden hätte. Dann würde jenes Wort des edlen altromischen Sozialreformers Liberius Gracchus auch für uns zur Wahrheit werden, das er den Verfassenden ins

Anhitz schleuderte: „Der römische Proletarier hat kein Vaterland! Die Männer, die für Rom's Ehre auf den Schlachtfeldern geblutet haben, irren obdachlos im Lande umher und haben keine Stätte, wohin sie ihr Haupt legen können! Gebt dem Proletarier ein Heim, wo er sich wohl fühlen kann, und er wird auch sein Vaterland lieben!“ Damit es bei uns nicht so wird wie im alten Rom, hat die Gesellschaft die heilige Pflicht, den Bau gesunder Wohnungen tatkräftig in Angriff zu nehmen. Obendrein hat sie auch noch das lebhafteste Interesse an der halbigen Lösung dieser Aufgabe, weil es wesentlich darauf ankommt, für eine starke Volksvermehrung zu sorgen, um die Lücken wieder auszufüllen, die der schreckliche, mörderische Krieg in die erwerbstätige Bevölkerung gerissen hat. Es ist ja

Maisonne.

Nun glüht du wieder, mundergroßes Feuer,
Und überströmst mit Licht die wolte Erde,
Daß bunt und duftend jeder Garten werde
Und goldnes Korn sich sammle in der Scheuer.

Wohltät'ge flamme du! In ewig neuer,
In ewig junger Kraft brennst du am Herde
Des Himmels — und mit strahlender Gebärde
Kust uns zum Leben dein erhabnes Feuer.

Es spiegelt sich in jedes Käfers Brust;
Die ärmsten Halme leuchten auf zu Herzen —
hast du nur unser Auge nicht erbellt?

Schenkst doch der ganzen Menschheit deine Lust
Und schreibst mit goldner Schrift in alle Herzen:
Ich liebe dich und dich — die ganze Welt!

Rau.

völlig ausgeschlossen, daß ein proletarischer Familienvater einen reichen Kindersegnen wünschen kann, wenn er gezwungen ist, in einer engen, ungesunden Wohnung zu hausen. Die Wohnungsreform ist ohne Zweifel der Angelpunkt der Bevölkerungsfrage, und diese kann nicht gelöst werden, wenn jene nicht durchgeführt wird.

Besonders für die Arbeiterklasse hat das Wohnungswesen eine große Bedeutung. In der großstädtischen Arbeiterbevölkerung ist in den letzten Jahren der Sinn für ein geordnetes Familienleben augenscheinlich im Wachsen begriffen, und der Wunsch, ein gemütliches Heim zu haben, macht sich stärker als früher bemerkbar. Welche Bedeutung ein solches Streben in wirtschaftlicher, sittlicher und gesundheitlicher Beziehung für das Proletariat hat, vermögen wir jene wurzellosen Elemente nicht zu verstehen, die sich noch heute in den ausgefahrenen Gassen des Wortradikalismus der Anfangszeit unserer Arbeiterbewegung wohlfühlen. Ein Realpolitiker und Sozialist weiß, daß der Weg zu den Höhen des Sozialismus nicht durch die Niederungen des Massenelends geht, sondern daß er von Stufe zu Stufe emporsteigt durch eine materielle, geistige und sittliche Hebung der Massen. Und da diese Hebung wesentlich mit auf der Besserung unserer Wohnverhältnisse beruht, so steht für ihn die Wohnungsfrage im Mittelpunkt seines Interesses. Darum richtet er seine Anklagen gegen Staat und Gemeindegewalt, daß sie bislang ihre Pflicht auf diesem Gebiete stärflich vernachlässigt haben, und er ruft ihr Gewissen zu wachen. In dieser Stellungnahme läßt er sich auch nicht beirren durch die Schwierigkeiten, die sich der Lösung dieser Frage entgegenfüren, und durch

die Kosten, die sie verursacht, denn er hat die felsenfeste Überzeugung, daß es sich hier um das Wohl und die Zukunft unseres Volkes handelt. Soll unser Volk die Schäden des Weltkriegs überwinden und den bisherigen Kulturaufstieg weiter fortsetzen, so muß es sozialistisch denken und handeln lernen. Und in der Reihe sozialistischer Maßnahmen bildet der Wohnungssozialismus ein wichtiges Glied.

Zu unserer diesjährigen Teuerungszulage.

Im Anschluß an unsere Notiz in Nr. 15 und den ausführlicheren informatorischen Artikel im letzten „Verbands-Anzeiger“ über die diesjährige Teuerungszulage im Malergewerbe wollen wir hier kurz über den Stand der Sache in den einzelnen Gauen und Orten berichten:

Am schnellsten haben nach der vom Vorstand des Arbeitgeberverbandes herausgegebenen Aufforderung zur Beschlußfassung über eine neue Teuerungszulage die Arbeitgeber des Gaueverbandes Norddeutschland gehandelt. Hier wurde meist schon vor mehreren Wochen beschlossen zu zahlen: in Kiel 17 %, in Sonderburg 10 %, in Bremen, Hamburg, Altona, Eißdörfer, Wandsbek, Wilhelmshurg und Oldenburg 9 %, in Neumünster 7 % und in Celle, Schleswig, Stettin, Lübeck, Straßund 5 %; einige Orte stehen noch aus.

Im Gaueverband Brandenburg haben bisher Berlin 19 % und Potsdam 14 % erneute Zulage beschlossen; in den übrigen Orten sind die Beschlüsse demnächst zu erwarten.

Vom Osten und aus Mitteldeutschland liegen bisher noch wenig Resultate vor. Hier wurden in Dresden 10 %, in Chemnitz, Erfurt, Gotha, Ruhla 5 % festgesetzt. In Schlesien hat man sich zunächst für 6 % erklärt. Im übrigen neigt man im gesamten Gau Mitteldeutschland des Arbeitgeberverbandes (Königreich und Provinz Sachsen, Thüringen und Schlesien) zu der Ansicht, daß die ganze Angelegenheit besser zentral zu erledigen wäre, beziehungsweise daß auf diesem Wege eine weitere Regelung durch allgemeine Verhandlungen stattfinden müsse, wenn durch die örtliche Beschlußfassung das erstrebte Ziel nicht erreicht werde.

Im Gaueverband Südwestdeutschland der Arbeitgeber wurden vorläufig 5 % festgesetzt; über die endgültige Höhe soll auf dem am 22. dieses Monats in Mainz stattfindenden Gaueverbandstage beschlossen werden.

Im Gau Süddeutschland des Arbeitgeberverbandes haben sich zwar mehrere Landesverbände zum Teil für eine ganz nennenswerte Teuerungszulage ausgesprochen, während von dem Gauevorstand hiergegen ganz planmäßig angelämpft zu werden scheint.

Der Westdeutsche Malermeisterverband hat nach Verhandlungen mit Vertretern unseres Vorstandes und unserer Bezirksleitung sowie des christlichen Verbandes beschlossen, bei seinen Ortsgruppen generell 9 % pro Stunde erneute Zulage zu empfehlen und die Zusicherung gegeben, daß dies auch, vielleicht mit Ausnahme von einigen kleinen Orten, allgemein angenommen wird. In Effen kommen schon seit mehreren Wochen 10 % zur Auszahlung.

Der Bund der Dekorationsmaler hatte auf Grund eines ihm mündlich überbrachten Antrages durch seinen Vertreter zugesagt, für eine über die Höhe der vorjährigen hinausgehende Zulage zu wirken, und sich weiter verpflichtet, uns über seine Stellungnahme sofort

zu berichten. Jetzt leben wir jedoch in dem Organ des Bundes, daß man zunächst auf eine „antilige“ Forderung in der Sache wartet und also weder für noch gegen die Zulage Stellung nehmen konnte. Im übrigen könnte die Sache überhaupt nur im gemeinsamen Einvernehmen mit sämtlichen Vertragskontrahenten zur Erledigung gebracht werden. Natürlich haben wir hierauf die vernünftige Formalität sofort nachgeholt, so daß nun wohl der Stellungnahme durch die Bundesleitung nichts mehr im Wege stehen dürfte.

Am allgemeinen ist noch zu bemerken, daß in einigen Orten beschlossen wurde, den ledigen Gehilfen u. a. um einige Pfennige niedrigere Zulage zu gewähren; in Rheinland-Westfalen sollen Gehilfen unter 20 Jahren 5 % erhalten. Da gerade junge Kollegen fast gar nicht mehr tätig sind, spielt dies praktisch keine in Betracht kommende Rolle.

Diese Übersicht soll nur einen flüchtigen Einblick in den Stand der ganzen Bewegung geben. Nebenfalls liegen in aller Kürze weitere Beschlüsse vor, so daß dann von den Zentralvorständen Stellung genommen werden kann, durch welche Maßnahmen eine allgemein befriedigende Lösung der Angelegenheit, von der vorläufig noch nicht geredet werden kann, herbeizuführen ist. — Besondere Bemerkung zu dem Verlauf der ganzen Aktion und zu dem Verhalten der Arbeitgeber in den einzelnen Orten und Gauen behalten wir uns für später vor.

Hindenburgs Mahnung an die Rüstungsarbeiter.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg hat an den Chef des Kriegsamt, Generalleutnant Gröner folgendes Schreiben gerichtet:

In den letzten Tagen waren mir Arbeitsbeschwerden in einer großen Zahl der Berliner Werften für Kriegsgüter gemeldet worden. Aus den Mitteilungen im. Grollung ersehe ich zwar, daß mit wichtigen Ausnahmen die Arbeit wieder aufgenommen ist. Die Tatsache jedoch, daß eine Arbeitsunterbrechung in der Rüstungsindustrie in größerem Umfang aus Gründen der Ernährungslage überhaupt möglich war, zeigt mich zu folgenden Ausführungen: Die Gesamtbevölkerung wird von der notwendig gewordenen Verringerung der Produktion schwer getroffen. Ich möchte aber nicht, daß die gleichzeitig erfolgte Erhöhung der Produktion und die nunmehr wieder einsetzende regelmäßige Belieferung mit Kartoffeln als Ersatz für die verringerte Vorratmenge gelten können. Und habe ich es für sicher, daß alle an der Aufbringung und Verteilung dieser Lebensmittel beteiligten Bevölkerungskreise und Behörden sich des Grades der Lage bewußt sind, und daß es auf diese Weise gelingen wird, die gegebenen Zusagen zu erfüllen. Um so weniger kann meines Erachtens die heimische Ernährungslage ein Grund zur Arbeits Einstellung sein. Ich habe es für meine Pflicht, im. Grollung darauf hinzuweisen, daß die der gegenwärtig auf der Westfront auszuführenden Schlacht eine ungeminderte Erzeugung an Kriegsmaterial aller Art die allem andern voranstehende Aufgabe ist, und daß jede noch so unbedeutend erscheinende Arbeits Einstellung eine unverantwortliche Schwächung unserer Verteidigungskraft bedeutet und sich mir als eine unersöhnliche Schuld am Meer und besonders an dem Mann im Schützengraben, der dafür bluten mußte, darstellt. Ich bitte im. Grollung darum, mit allen Mitteln dafür Sorge zu tragen, daß die Erzeugung von Waffen und Munition in nachdrücklicher Weise gefördert wird und daß

ganz besonders von allen in Frage kommenden Stellen die notwendige Aufklärung der Rüstungsarbeiter betrieben wird, die mir die erste Vorbedingung zur Erreichung unseres großen Zweckes zu sein scheint.

Generalleutnant Gröner hat an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und die übrigen Gewerkschaftsrichtungen folgendes Schreiben gerichtet:

Generalfeldmarschall v. Hindenburg hat mir das in Abschrift beigelegte Schreiben überfandt, das ich gleichzeitig der Tagespresse zur Veröffentlichung zugehen lasse. Es bedarf keines besonderen Hinweises, daß es in erster Linie Aufgabe der hiesigen Vertreter der Arbeiter sein wird, die von dem Generalfeldmarschall in Anregung gebrachte Aufklärung in umfassender Weise zu organisieren und nachhaltig zu fördern. Eine wichtige Grundlage für den Erfolg des wirtschaftlichen Durchhaltens in der Heimat ist die rüstungslose Zusammenarbeit der Arbeiterorganisationen mit dem Kriegsamt, wie dies auch bei der Verabschiedung des Hilfsdienstgesetzes in besonderer Weise zum Ausdruck gebracht worden ist. Die Worte des Feldmarschalls werden gewiß dazu beitragen, daß die deutsche Arbeiterschaft sich dessen bewußt bleibt, daß die im Hilfsdienstgesetz für den Krieg vorgesehene Regelung des Arbeitsverhältnisses für die Arbeiterschaft nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten gebracht hat. Daher bitte ich auch nicht, daß dieser Appell an das Verantwortlichkeitsgefühl und das Pflichtbewußtsein in der Arbeiterschaft vollen Widerhall finden wird.

gez.: v. Gröner.

Die Arbeitslosigkeit unserer Mitglieder im Monat März 1917.

Dem Anstieg der Arbeitslosigkeit unserer Mitglieder seit September des Vorjahres von 0,81 pZt. bis Januar dieses Jahres auf 2,06 pZt. ist nun seitdem ein rascher Abstieg gefolgt; er sank im Februar auf 2,26 und im März auf 0,79 vom Hundert. Allerdings war auch in der gleichen Zeit des Jahres 1915/16 eine ähnliche Entwicklung zu beobachten, wobei jedoch zu beachten ist, daß damals die Ziffern allgemein höher waren. Da selbst unter günstigen Verhältnissen immer ein gewisser Teil Arbeitslose vorhanden sein werden, so muß die jetzt festgestellte Zahl von 55 unter den 6986 in den erfaßten Gebieten unserer Filialen vorhandenen Mitgliedern als außerordentlich gering erscheinen.

Es kann wohl angenommen werden, daß der Rückgang der Arbeitslosigkeit auf die etwas vermehrte Arbeitsgelegenheit im Malergewerbe, besonders aus Anlaß des Augusttermins zurückzuführen ist. Auch weitere Abwanderungen zur Kriegsindustrie haben sicher stattgefunden, die wiederum in Verbindung stehen mit den immer weiter ersolgenden Einberufungen zum Militär.

Es berichtigten diesmal 101 Filialen über 6986 ihrer Mitglieder. — Wir lassen hier die Zusammenstellung der hauptsächlichsten Ziffern aus unserer Arbeitslosenstatistik seit Januar 1915 folgen:

Monat	Es berichtigten Filialen	Mitgliederzahl in den berichtigten Filialen am Monats-Schlusse		Arbeitslose Mitglieder am letzten Wochende des Monats		Auf je 100 Mitglieder entfallende Arbeitslose am Monats-Schlusse		
		1917	1916	1917	1916	1916	1916	1917
Januar	111	9197	6999	647	256	17,55	7,08	3,86
Februar	102	9081	6984	449	157	15,18	4,94	2,26
März	104	8802	6986	150	55	5,29	1,82	0,79
April	—	8727	—	179	—	1,84	2,05	—
Mai	—	8748	—	181	—	2,25	2,07	—
Juni	—	8650	—	176	—	3,20	2,08	—
Juli	—	8332	—	187	—	2,81	2,24	—
August	—	8417	—	117	—	2,89	1,89	—
September	—	8007	—	65	—	1,80	0,81	—
Oktober	—	7814	—	125	—	3,36	1,89	—
November	—	7208	—	165	—	6,33	2,29	—
Dezember	—	7016	—	238	—	7,27	3,39	—

Bei der diesmaligen Umfrage versuchten wir wieder, wie bisher schon am Schlusse jedes Vierteljahres, die Zahl der noch im Berufe verbliebenen Gehilfen insgesamt festzustellen. Diese betrug hiernach 12 623; davon sollen dem Bauberufe 8519 und dem Radiererberufe 4104 angehören. Unter den 12 623 Berufsangehörigen ermittelten wir 182 oder 1,06 vom Hundert als arbeitslos. — Wir geben hier eine Zusammenstellung der Ergebnisse dieser unserer besonderen Umfrage seit dem zweiten Vierteljahr 1915:

Am Schlusse des	Es berichtigten Filialen	Berufsangehörige			Arbeitslose		pZt. arbeitslos
		Maler	Radierer	Insges.	absch.	i. Proz.	
2. Quart. 1915	120	18487	5169	28606	1142	4,84	3,20
3. " 1915	110	11852	3280	18997	468	8,01	1,80
4. " 1915	122	12948	4266	17216	1469	8,53	7,27
1. " 1916	115	12087	3944	15981	544	8,40	1,82
2. " 1916	118	12488	4277	16710	502	8,—	2,08
3. " 1916	114	11121	4888	16479	175	1,18	0,81
4. " 1916	109	9045	4878	13418	569	4,24	3,39
1. " 1917	104	8519	4104	12628	182	1,06	0,79

Folgende Filialen sandten die statistischen Karten nicht, beziehungsweise nicht rechtzeitig ein: Cottbus, Duisburg, Eschwege, Flensburg, Gamm, Hingolstadt, Liegnitz, Nordhausen, Osnabrück, Posen, Weimar.

Nutzen der Volksfürsorge.

Eine gute und sozial wichtige Arbeit leisten die Funktionäre in den deutschen Gewerkschaften im Dienste der von der Generalkommission der Gewerkschaften und vom Verband deutscher Konsumgenossenschaften am 1. Juli 1918 ins Leben gerufenen gemeinnützigen Volksversicherungskasse - Aktiengesellschaft Volksfürsorge.

Der nach einjährigem Bestand der Gesellschaft am 1. August 1914 hereingebrochene Weltkrieg hat die im ersten Jahre glänzende Entwicklung des Geschäftszuwachses jäh gestört. Waren bis Ende Juli 1914 schon 188 686 Versicherungsanträge mit einer Versicherungssumme von M 81 581 186 eingebracht worden, so fiel die Zahl der Neuanträge naturgemäß in der ersten Zeit des Krieges auf ein Minimum. Trotzdem konnte am Ende des Jahres 1914 ein fester Stand von 188 469 Versicherungen mit M 25 615 271 Versicherungssumme verzeichnet werden. Das ganze Kriegsjahr 1915 brachte 10 589 neue Anträge, und am Ende des Jahres 1915 wurde ein Versicherungsbestand von 171 812 Versicherungen mit M 24 478 929 Versicherungssumme verzeichnet. Erfreulicherweise brachte das volle Kriegsjahr 1916 wieder einen erheblich gesteigerten Ertrag der Verarbeitung; es waren im ganzen 28 404 neue Versicherungsanträge eingebracht worden. Hier von wurden angenommen 22 986; nach Abzug der abgelehnten und unerledigten Anträge waren zu bearbeiten im ganzen Jahr 28 724 neue Anträge mit einer Kapitalversicherungssumme von M 5 051 515. Noch erfreulicher ist bereits die im Jahr 1917 zu verzeichnende Antragsproduktion. Es wurden im Januar 2217 und im Februar 2870 neue Anträge eingebracht.

Diese Zahlen ergeben die Tatsache, daß es nicht angebracht ist, zu sagen, der Krieg mache die Verarbeitung für die Volksfürsorge unmöglich. Wo mit frischem Wagemut die Verarbeitung aufgenommen wird, sind auch Versicherungen abzuschließen, und nie ist die Zeit und die Notwendigkeit der Volksversicherung für das arbeitende Volk von größerer Bedeutung gewesen, als in der traurigen Gegenwart des langen Krieges.

Auszahlungen der Volksfürsorge waren im Jahre 1916 in 1744 Sterbefällen bedingungsgemäß zu leisten, wobei im ganzen M 104 980,88 zur Auszahlung gelangten. In 318 Sterbefällen kam nach den Bedingungen die volle Versicherungssumme im Betrage von M 77 300 zur Auszahlung. In allen Kriegsterbefällen, in denen die Versicherung am Tage des Beginnes der Feindseligkeiten noch nicht sechs Monate bestand, werden be-

Malerschule für Kriegsbeschädigte in Hamburg.

Die mannigfaltigen Fürsorgeeinrichtungen des Hamburger Landesauschusses für Kriegsbeschädigte, auf die wir schon mehrfach hinweisen konnten, und mit auf die Unterstützung und Mitarbeit von Fachleuten aus den einzelnen Berufen als Berater zurückzuführen. So wurde von den Vertretern des Malergewerbes — Obermeister Herr Hansen und Kollege Buch — die Anregung gegeben, neben den bereits bestehenden Unterrichtsanstalten auch eine Malerschule mit verschiedenen Kursen einzurichten. Die Kriegsbeschädigten Maler und Radierer, die den guten Willen zeigten, später ihre Berufstätigkeit wieder aufzunehmen, boten vielfach ihrem Berufsberater gegenüber den Wunsch geäußert, die freie Zeit im Lazarett durch Weiterbildung auszunutzen. Unsere Berufscollegen wurden bisher durch den Landesauschuss der Kunstgewerbeschule überwiesen. Dadurch ist nach sachgemäßem Urteil bei manchen Kriegsbeschädigten nur zu oft eine falsche Hoffnung geweckt worden, indem sie glaubten, schon bei kurzem Schulbesuch es zu einem bestimmten Gebiete zum Spezialisten bringen zu können.

Die Berufsberater, die die speziellen Anforderungen im Berufe sehr genau kennen, brauchen übereinstimmend sich dahin aus, daß die bisherige Art der Ausbildung weder die Bedürfnisse des gewerblichen Lebens, noch dem Wunsche der Betroffenen des Kriegsbeschädigten nützlich sein kann. Den Kriegsbeschädigten, soweit sie Angehörige des Malergewerbes sind, wäre weit besser geholfen, wenn sie an solchen Lehrgängen teilnehmen könnten, die das Berufsleben auch an sich stellt. Als Lehrkräfte hierfür werden an der Staatlichen Gewerbeschule als

Spezialisten des Berufslebens in enger Verbindung stehen. Weiter kam in Betracht, daß man, da in den weitaus meisten Fällen bei den Beschädigten sowohl als auch bei den Erkrankten eine Beschränkung der Arbeitsfähigkeit vorliegt, durch Weiterbildung die Leistungsfähigkeit zu steigern gedenkt, um dadurch einen Ausgleich der verminderten Arbeitskraft herbeizuführen. Diese Ansicht deckt sich vollkommen mit den Aufgaben, die sich der Landesauschuss von vornherein gestellt hatte. So wie der Arzt und die Sanitätspflege die durch den Krieg Beschädigten körperlich heilen, so will der Landesauschuss sie zu leistungsfähigen, werkschaffenden Volksgliedern machen, indem er der wirtschaftlichen Kraft des einzelnen soweit als möglich einen hohen Grad von Arbeitsfähigkeit verschafft.

Zum Zwecke des gemeinsamen Zieles ist sodann für die Malerschule folgender Schulplan in Vorschlag gebracht worden:

Kursus 1 soll gelehrt werden: Zeichnen und Malen von Firmen in den gebräuchlichsten Schriftarten, Anfertigung von Reklamemalereien sowie Plakaten für Schaufenster usw. Das Zeichnen und die weitere Herstellung von Glasbildern.

Kursus 2 sieht vor das Zeichnen und Färben der Holz- und deren weitere Behandlung, ebenso die Nachbildung der verschiedenen Holz- und Marmorarten.

Kursus 3. Entwurf und Anfertigung von Skizzen und Zeichnungen für Decken- und Wandmalerei. Unterricht in Farbenrechnen, Farbenharmonie, Raumstimmung nach gegebenen Zweckbestimmungen von Licht- und Möbelbedingungen. Ebenso die verschiedenen Handfertigkeitsarbeiten zur Flächenbelegung wie: Tapeten, Spritzen, Treiband- und Wandmalerei. Als Unterrichtsdauer wurden für die Regel drei bis sechs Monate als erforderlich bezeichnet.

Nach Verständigung darüber, daß vorbenannter Unterricht in der Staatlichen Gewerbeschule erteilt werden soll, stimmte der zuständige Unterrichtsausschuss, dem die Herren: Professor Dr. Pfeiffer, Professor Direktor Meher, Direktor Kasten und der Geschäftsführer Samo angehören, dem genannten Vorschlag vollinhaltlich zu. Ebenso dem, daß in den Fällen, wo besondere Intelligenz und Vorkenntnisse eine weitere künstlerische Ausbildung für angebracht erscheinen lassen, diese Leute der Kunstgewerbeschule für längere Dauer überwiesen werden.

Unsere Berufsberater, Herr Obermeister Hansen von der Hamburger Maler-Innung und Bezirksleiter Kollege Buch, erhielten nun namens des Landesauschusses den Auftrag, die weiteren Vorarbeiten in Angriff zu nehmen. Die Herren haben sich anerkannter Weise für die ganze Schuldauer als Berater sowohl für die Kursteilnehmer als auch dem Landesauschuss gegenüber bereitwillig zur Verfügung gestellt.

Auf Grund einer der erfolgten Eingaben an die Behörde für das Gewerbebeschäftigten hatte diese sich gleichfalls bereit erklärt, den Sachunterricht für Kriegsbeschädigte Maler in der Hauptgewerbeschule aufzunehmen. Nach Kenntnisaufnahme der Zahl der in Betracht kommenden Teilnehmer und deren Vorkenntnisse hat sich der Direktor der Gewerbeschule, Herr Professor Weimerich, sofort bereit erklärt, besondere Klassen für diese Kriegsbeschädigten und mit den hierfür nun am besten geeigneten Lehrkräften einzurichten. Der Unterricht wird vorwiegend in individuell unter Berücksichtigung der persönlichen Kenntnisse und Fähigkeiten erteilt. Infolge des ständigen Ein- und Austritts von Teilnehmern wird der Unterricht sicher erquicklich; aber auch in anderer Beziehung werden die Lehrer vor neue Aufgaben gestellt. In all den Fällen, wo sich eine verminderte Arbeitsweise nötig macht, muß der Linien- und Einzel-

ungungsgemäß nur die eingezahlten Prämien zurück-
 statten. In den Kriegssterbefällen, in denen die Ver-
 sicherung bei Kriegsausbruch mindestens sechs Monate be-
 stand, wurde zunächst die Prämienreserve ausgezahlt, wäh-
 rend die endgültige Regelung in diesen Fällen drei Monate
 nach Friedensschluß aus dem vorhandenen Kriegssterbe-
 fonds erfolgt, der ohne den ihm für das Jahr
 1916 zuzurechnenden Beitrag M. 80 841,45 beträgt, der reiflos
 im Hinterbliebenen der im Kriege gefallenen Versicherten
 kommt. In zahlreichen Fällen hat sich die Versicherung
 als eine sehr wohlthätige Vorsorge erwiesen. Die Ge-
 winnreserve der Versicherten, die bei der
 Bezahlung der Versicherungssumme an die Versicherten
 zur Verteilung gelangt, beträgt nach den Zuweisungen
 der Generalversammlungen der ersten Betriebsjahre
 219 288; hierzu kommt der sich ergebende Betrag aus
 dem Jahre 1916. Die aus dieser Gewinnreserve den ein-
 zeln Versicherten gutgeschriebenen Jahresgewinne werden
 gesammelt und mit 8% pSt. Zinseszins von der Ent-
 richtung an mit der zuerst fälligen Versicherungsleistung aus-
 gezahlt, wodurch sich die vereinbarte Versicherungssumme
 nach der Länge der Versicherungsdauer erhöht.

Bei der Volksfürsorge-Kriegsversiche-
 rungsklasse waren bis zum 15. März 1917 für 55 400
 Kriegsteilnehmer 84 278 Anteilscheine gelöst und dafür
 421 800 eingezahlt worden, die reiflos den Familien der
 der Klasse versicherten Kriegsoffer zufallen.

Zahlreiche Konsumvereine und Gewerkschaften haben
 ihre ausmarschirten Angestellten bei dieser Kriegsversiche-
 rungsklasse versichert und damit den Familien der mit dem
 Tode ihres Ernährers betroffenen Angestellten die finan-
 zielle Hilfe aus dieser Klasse sichergestellt. Nach den bis
 Ende Dezember 1916 gemachten Mitteilungen sind bei der
 Hauptverwaltung der Kriegsversicherungsskassen im ganzen
 308 Kriegsteilnehmer als gefallen beziehungsweise ver-
 storben gemeldet, für die 2528 Anteilscheine gekauft waren.
 Im Jahre 1916 allein wurde der Tod von 688 versicherten
 Kriegsteilnehmern mit 1285 Anteilscheinen berichtet. Wenn
 sich jetzt noch anzunehmen ist, daß in einer erheblichen
 Zahl von Fällen die Hinterbliebenen die Anmeldungen bis
 jetzt unterlassen haben, so ist doch das Verhältnis der Todes-
 fälle zu der Zahl der Versicherten trotz der langen Dauer
 und der Schärfe des Krieges noch nicht so ungünstig, daß
 nicht auf ein ganz respektables Ergebnis gerechnet werden
 könnte. Seit dem Bestande der Klasse sind in 880 Fällen für
 55 Anteilscheine Wertschüsse gewährt worden im Gesamt-
 betrage von M. 16 880, davon im Jahre 1916 allein
 11 475 für 450 Anteilscheine in 220 Fällen.

Während unsere Kollegen, der sozialen Bedeutung der
 Volksfürsorge eingedenk, auch in Zukunft eifrig beitreten
 in, den Funktionären der Volksfürsorge unterstützend bei-
 stehen; den Nutzen werden neben den Versicherten und der
 Volksfürsorge auch die Gewerkschaften zu buchen haben.

Verhandlungen mit dem Arbeiterausschuß und später auch
 mit den Organisationsvertretern zustande. Das Resultat
 dieser Verhandlungen kommt in den folgenden Verein-
 barungen zum Ausdruck. Diese bedeuten gegenüber den
 bisherigen Verhältnissen manchen schönen Fortschritt, der
 aber nur erreicht werden konnte, indem sich die Arbeiter
 besonders in letzter Zeit ihren Berufsorganisationen an-
 schlossen. Nur wenn die beauftragten Verhandlungsstei-
 nehmer die organisierte Masse der Arbeiter hinter sich
 haben, kann der Erfolg ein ersprießlicher sein.

Die Vereinbarung sieht eine wöchentliche Arbeits-
 zeit von 52 Stunden vor. Die ersten zwei Stunden werden
 nach der regelmäßigen Arbeitszeit mit je 20 %, alle wei-
 teren Ueberstunden sowie Nacht-, Sonntags- und Feiertags-
 arbeit mit 35 % Zuschlag für die Stunde bezahlt.
 Reguläre Nachtschichten werden mit 20 % Zuschlag pro
 Stunde berechnet. Die Mindestlöhne für gelernte
 Arbeiter der Metallbranche unter 18 Jahren betragen
 60 bis 80 %, für Arbeiter über 18 Jahre 70 bis 90 % die
 Stunde; für Hilfsarbeiter 55 bis 64 %, für ungelernete
 Arbeiterinnen 38 %, für gelernte 42 %; für Holz- und
 Maschinenarbeiter unter 18 Jahren 65 %, über 18 Jahre
 75 %; für Sattler und Tapezierer 65 und 80 %; für
 Transport- und Hofarbeiter 55 bis 64 %; für Maler
 und Lackierer 65 % für gelernte Arbeiter unter
 18 Jahren und 75 % die Stunde für die über 18 Jahre;
 für Zimmerleute 78 % für die Stunde; Hilfsarbeiter, die
 die Arbeit gelernter Arbeiter verrichten, werden wie letztere
 entlohnt.

Die Feuerungszulage beträgt ab 8. März 1917 für
 Arbeiter unter 18 Jahren und Frauen 10 % die Stunde,
 für alle übrigen Arbeiter (ausschließlich Holzarbeiter) 12 %
 die Stunde.

Für Holzarbeiter beträgt die Zulage, die bereits am
 15. November 1916 in Kraft getreten ist, 15 % die Stunde.
 Vom 8. März 1917 an werden für Holzarbeiter unter
 18 Jahren und Frauen 10 % die Stunde Feuerungszulage
 gewährt. Für Garberoben, Wascheinrichtung, hygienische
 Einrichtung usw. ist zu sorgen. Bestehende bessere Lohn-
 und Arbeitsbedingungen dürfen nicht verschlechtert werden.
 Bei Bedarf von Arbeitskräften sollen hinsichtlich der Arbeits-
 nachweise der diese Vereinbarung abschließenden Verbände
 benachteiligt werden. Für die Holzarbeiter der paritätische
 Arbeitsnachweis der Holzindustrie. Eintretende Differenzen
 werden zwischen dem Arbeiterausschuß und der Direktion
 erledigt.

Die vorstehende Vereinbarung ist bindend bis 1. März
 1918. Sie gilt als stillschweigend verlängert, wenn sie
 nicht 14 Tage vorher gekündigt wird.

Unsere Filialen unter dem Kriegszustande.

Breslau. Eine Versammlung der Filialmitglieder
 befaßte sich mit den jetzigen Ernährungsverhältnissen und
 der damit verbundenen Teuerung. Die stattgefundenen Aus-
 sprache gab ein drastisches Bild von der Notlage unserer
 Kollegen im Haubruf und bei Privatarbeiten. Alle Red-
 ner erklärten, daß eine namhafte Teuerungszulage un-
 bedingt notwendig ist. Mit etwa 5 % Zulage die Stunde
 sei den Kollegen nicht viel gedient. Jeder einigermaßen
 einsichtsvolle Meister müsse doch zugeben, daß dieser Betrag
 bei der jetzigen teuren Zeit unzulänglich ist. Die Scher-
 macher gegen eine erhöhte Zulage sollten sich nicht wundern,
 wenn die Kollegen sich später, nach Friedensschluß, weigern,
 bei ihnen zu arbeiten. Die anwesenden Lackierer der Linde-
 Hoffmann-Werke besprachen die Mißstände in diesem Be-
 triebe. Alle andern Berufe in diesem Betriebe haben keine
 so schlechten Löhne und Akkordlöhne wie diese. Nicht nur,
 daß die Arbeit durch das jetzige Material wesentlich er-
 schwert ist, die Preise aber nicht dementsprechend auf-
 gebessert sind, hat sich ein anderes System breit gemacht.
 So wird zum Beispiel verlangt, daß, wenn wegen Mangels
 an einzelnen Teilen an den Wagen die Arbeit nicht fort-
 gesetzt werden kann, der Kollege im Betrieb bleiben und
 warten soll, bis der Wagen weiterbearbeitet werden kann.
 Für diese Zeit wird keine Entschädigung gezahlt. Der
 anwesende Kollege Jakobowitz erklärte, daß es ein Aussehen
 auf Kosten des Arbeiters nicht gibt; die Kollegen müßten

diese Wartezeit bezahlt verlangen. Mein Gewerkschaft
 wird dem klagenden Kollegen unrecht geben. In der Aus-
 sprache wurde hervorgehoben, daß bei dem nächsten der-
 artigen Fall richterliche Entscheidung anrufen werden
 soll. Kollege Jakobowitz erklärte noch, daß nur durch festes
 Zusammenhalten und Einigkeit die Lage der Arbeiter
 gebessert werden kann.

Wiesbaden. Nach vorläufigem. Die allgemeine
 Situation in der Organisation war auch im verfloffenen
 Jahre nicht günstig. Die Verhältnisse in unserer Berufs-
 waren außerordentlich stark durch die Kriegseinwirkungen
 beeinflusst. Der Mangel an geeignetem Material zur Aus-
 führung der vorhandenen Arbeiten machte sich außer-
 ordentlich fühlbar. Entsprechend dieser unangünstigen beruf-
 lichen Lage war die Zahl der arbeitslosen Kollegen erheb-
 lich; denn es meldeten sich auf dem paritätischen Arbeits-
 nachweis 138 arbeitslose Kollegen, und durch unsere vier-
 jährlichen Erhebungen wurden 1095 arbeitslose Lage er-
 mittelt. Auf dem paritätischen Arbeitsnachweis liefen 100
 Meldungen für offene Stellen ein, wovon 102 betrie-
 ben.

Die Agitation ist naturgemäß unter den un-
 günstigen Verhältnissen sehr. Durch den häufigen Arbeits-
 wechsel, dem die Kollegen ausgesetzt sind, greift eine große
 Unruhe in den Betrieben um sich, die sich recht nach-
 teilig in der Agitation fühlbar macht. Außer den neu
 ausgetretenen Kollegen konnten sonst nur vereinzelte Mit-
 glieder dem Verbandszugeführt werden.

Das Vereinsleben beschränkte sich im
 allgemeinen auf die Abhaltung von Quartalsversammlun-
 gen, während die übrigen Fragen in den Sitzungen
 ihre Erledigung fanden. Um die Fühlung mit den zer-
 streut in den Ortschaften wohnenden Mitgliedern nicht
 zu verlieren, mußte ein recht reger jährlicher Verkehr
 zur Anwendung kommen. Es wurden insgesamt 2565
 Postsendungen zur Erledigung der geschäftlichen Angelegen-
 heiten abgeschickt, denen ein Eingang von 725 Sendungen
 gegenübersteht. Eine recht rege Fühlung wurde auch mit den
 einberufenen Kollegen unterhalten. Außer dem „Vereins-
 Anzeiger“, der durchschnittlich an 225 Kollegen regelmäßig
 alle 14 Tage gesandt wurde, ist durch zahlreiche schriftliche
 Mitteilungen der Verkehr mit den Kollegen im Waffen-
 rod gepflogen worden. Insgesamt gingen 5185 Post-
 sendungen ab.

Die Mitgliederbewegung entwickelte sich
 unter der langen Dauer des Krieges und den fortwähren-
 den Einberufungen wiederum abwärts. Einem Zugang
 von 51 Mitgliedern, durch Neuaufnahmen und Mid-
 meldungen vom Militär, stand ein Abgang von 107 Mit-
 gliedern gegenüber, wovon 70 zum Heeresdienst einberufen
 wurden und 30 Kollegen durch Abreise, Streichung usw.
 verloren gingen; 7 Mitglieder sind im Laufe des Jahres
 gestorben. Leider hat der Weltkrieg schon recht viele Opfer
 von der Filiale gefordert; zu den 20 Gefallenen, die wir
 im letzten Jahresbericht mitteilten, kamen im Jahre 1916
 weitere 25 Kriegsoffer hinzu, so daß die Filiale bereits
 54 gefallene Kollegen zu beklagen hat. Ihnen allen soll
 ein ehrendes Andenken in unserer Filiale bewahrt werden.

Die Gesamteinnahmen der Filiale beliefen sich auf
 M. 11 156,85 gegen M. 14 024,16 im Jahre 1915. Die Aus-
 gaben betragen M. 9108 gegen M. 18 301,66 im Vorjahre.
 Das Filialvermögen hat sich um M. 158,00 erhöht und
 betrug am Jahresschlusse noch M. 1401. Von den einzelnen
 Ausgaben seien erwähnt die Krankenunterstützung mit
 M. 1688,75, die Arbeitslosenunterstützung mit M. 58, das
 Sterbegeld mit M. 985 und die Unterstützung an die Frauen
 der einberufenen Mitglieder mit M. 1950. An die Haupt-
 kasse konnten in der noch M. 1887,91 abgeführt werden.

Die Durchführung der Teuerungszulage
 von 5 % die Stunde gab zu keinerlei Differenzen in
 größerem Umfange Anlaß. Nur bei der Firma Kaul
 mußte erst noch etwas nachgeholfen werden, um die Zah-
 lung zu erwirken.

Unter der ungünstigen Einwirkung der fort-
 währenden Preissteigerung aller Lebensmittel und Be-
 darfsartikel hatten unsere Kollegen sehr zu leiden. Die
 niedrigen Löhne in unserem Berufe veranlaßten viele Kol-
 legen, sich in der Kriegsindustrie lohnenderer Beschäftigung
 zu verschaffen. Tragen die Arbeitgeber diesen Verhältnissen
 nicht halb Rechnung durch Gewährung einer weiteren
 Teuerungszulage, so kann man es den wenigen noch im
 Berufe verbliebenen Kollegen nicht verdenken, wenn auch
 sie die Berufsarbeit mit einer besserbezahlten Beschäftigung
 vertauschen.

Der Fürsorge der Kriegsbeschädigten
 wandte die größte Aufmerksamkeit zu. Dadurch, daß
 die Geschäfte des Ortsausschusses von einem Kollegen
 unseres Berufes im Waffenrod besorgt werden, sind wir
 über alle Fälle von Kriegsbeschädigten unseres Berufes
 unterrichtet. In einer gemeinsamen Sitzung mit den Ver-
 tretern der Arbeitgeber vor dem Ortsarbeitsamt verpflichteten
 sich die Arbeitgeber, soweit es die Verhältnisse ermöglichen,
 für die Unterbringung der Kriegsbeschädigten Sorge zu
 tragen.

Wir schließen unsern Jahresrückblick mit dem schär-
 lichsten Wunsche, daß es der letzte Bericht sein möge, den
 wir unter dem Zeichen des Krieges abfassen müssen.
 Alles sehnt sich nach dem Frieden. Möge
 dieser heiße Wunsch recht bald in Erfüllung
 gehen und der zerstörenden Einwirkung
 des Krieges Einhalt geboten werden, da-
 mit in friedlicher Entwicklung die hohen
 Ziele der gewerkschaftlichen Organisation
 wieder einen fruchtbaren Boden finden!

Gewerkschaftliches.

Die Gründung eines Verbandes der Kriegsbe-
 schädigten, gegen die sich ein Aufruf der Gewerkschafts-
 zentralen wandte, ist in Essen erfolgt. Nach den Aus-
 führungen des Einberufers will der Verband bezwecken,
 den wirtschaftlichen Interessen der Kriegsbeschädigten durch
 Berufsberatung, Arbeitsvermittlung und Wahrnehmung
 der Rechtsansprüche zu dienen. Nun sind aber zu all
 diesen Fragen zwischen den Arbeitgebern und Gewerkschaften
 längst Arbeitsgemeinschaften getroffen und die Kriegs-
 beschädigtenfürsorge eingerichtet worden, und trotzdem geht
 man mit der Gründung einer besonderen Organisation
 vor und arbeitet so unter anderm auf eine Loslösung

hrung jedes Verletzten eine weit größere Aufmerksamkeit
 gewendet werden. Es müssen neue Arbeitsbe-
 lege erfunden und erprobt werden. Die Kurjustiz-
 lmer müssen alle hierbei mithelfen. Anregungen zu
 den. Für die Anschaffung geeigneter und zweckmäßiger
 helfe ist der Landesauschuß für Kriegsbeschädigte jeder-
 gern bereit und werden hierfür keine Kosten gescheut.
 teil von den 30 Teilnehmern, die auf Grund der ver-
 änderten Fragebogen sich bisher für die einzelnen Kurse ge-
 meldet haben, 22 an bestimmten Stunden des Vormittags
 ch der Krankenbehandlung bedürfen, so hat die Schül-
 rektion für diese die Unterrichtsstunde auf nachmittags
 n 2 bis 6 Uhr gelegt. An alle übrigen Kriegsteilnehmer
 der außerdem an den Vormittagen von 8 bis 11 Uhr
 nderichtet ertheilt. Bemerkenswert sei jedoch, daß unberechtigtes
 hlen im Unterricht nicht geduldet wird.

Die Malerschule hat ihre Arbeiten begonnen,
 nd mit welchem Erfolge, davon konnten sich die Besucher
 überzeugen, die in den Tagen vor Ostern die ausgestellten
 beiten in Augenschein nahmen. Die Zeichnungen, die
 hristenmalerei, die in Leinwand ausgeführten Deden-
 andmalereien, die zahlreichen Proben in Holzmalerei
 uren von einem ernstem Streben und eifrigem Fleiß
 ch Fortbildung und Vervollkommen auf den verschie-
 ennten Gebieten unseres Gewerbes. Aus allen Arbeiten
 nach das Zielbewußte, der feste Wille von Männern,
 zu etwas Besseren zu bringen. Und dabei muß be-
 ertet werden, mit welchen Schwierigkeiten einzelne ein-
 emige Kriegsbeschädigte zu kämpfen hatten. Große An-
 erkennung gebührt aber auch den Lehrern, die sich in
 ollem Maße ihrer schweren Aufgabe bewußt sind und in
 er gründlichsten Weise hier durchzuführen. Wir sind über-
 igt, daß so die Aufgabe, die sich die Malerschule
 estellt hat: bei jedem kriegsbeschädigten Kollegen die
 elligkeiten zu ermitteln, die ihn in den Stand setzen, sich

in Anschluß an die Ausbildung einen lohnenden Erwerb
 in seinem erlernten Berufe zu schaffen, richtig gelöst
 werden wird.

Mit der Errichtung dieser Fachschule für Maler ist
 gleichzeitig einem Verlangen der Ärzte entsprochen. Nach
 deren Gutachten ist die Berrichtung späterer Berufsarbeit
 am besten geeignet, das Heilverfahren zu unterstützen und
 die körperliche Heilung zu fördern. Deshalb sollten die in
 den Lazaretten aufgenommenen Kriegsbeschädigten unter
 Berücksichtigung ihrer Veranlagung und körperlichen Ver-
 fassung in ihrer freien Zeit zur körperlichen und hand-
 werklischen Beschäftigung übergeben, indem sie an einigen
 Stunden des Tages in den Werkstätten des Berufes, den
 sie wieder aufnehmen wollen, beschäftigt werden. Im
 Malergewerbe Kriegsbeschädigte einige Stunden am Tage
 zu beschäftigen, stößt darum auf unüberwindliche Schwierig-
 keiten, weil der weitaus größte Teil der Berufsarbeiten
 außerhalb der eigenen Werkstatt ausgeführt wird.
 Herr Stabsarzt Dr. Ewald erkannte die Undurchführ-
 barkeit an und begrüßte es, daß der Landesauschuß,
 Fachschule für Maler zu errichten, zugestimmt habe, die
 als Erfolg seiner Wünsche vollaus gelten konnte. Dadurch,
 daß die Teilnehmer mit Berufsangehörigen wieder zu-
 sammengeführt werden, würde die seelische Einwirkung
 auf die Kriegsbeschädigten nicht ausbleiben. Er hoffe
 ferner, daß die Kurjustizteilnehmer nicht eher aus dem Mil-
 itärdienst entlassen würden, bis der höchstmögliche Grad
 der Wiederherstellung, der Gebrauchsfähigkeit des be-
 schädigten Gliedes oder der Leistungsfähigkeit des Erkrankten
 erreicht sei.

Kriegsbeschädigte Kollegen, die bisher keine Auffor-
 derung erhalten haben, wenden sich zwecks Teilnahme an
 dem Unterricht der Malerschule an den Fürsorge-
 beamten ihres Lazarett oder direkt an den Landesaus-
 schuß für Kriegsbeschädigte in Hamburg, Nordberg-
 straße 7.

des Kriegsschadigten von seiner Berufsorganisation hin. Die Kriegsschadigten sind in ihrer Arbeitsleistung behinderten Berufscollegen und deshalb darauf hingewiesen, daß alles, was zur Wahrung ihrer Interessen notwendig ist, durch unsere Organisation geschieht und daß sie deshalb auf den Anstoß an eine Sonderorganisation verzichten.

Aus Unternehmerkreisen.

Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hat am 19. April dieses Jahres auf seiner nach Berlin einberufenen Hauptversammlung beschlossen, daß der Bund mit den Zentralverbänden des Baugewerkes über eine Erhöhung der im Mai 1914 vereinbarten Kriegszulagen verhandeln wird. Als Verhandlungsausschuß werden die drei Vorstehenden des Bundes bestimmt und zum Abschluß einer neuen Vereinbarung bevollmächtigt.

Sozialpolitisches.

Zur Neuregelung der Lebensmittelversorgung wird von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands berichtet:

Die neu Kriegsernährungsamt angeordnete Herabsetzung der Brotration ist in der Arbeiterklasse auf berechtigten Unwillen gestoßen, und zahlreiche Forderungen an die Generalkommission der Gewerkschaften lassen erkennen, wie außerordentlich schwer dieser Eingriff in unsere Lebensmittellieferung empfunden wird. Die Mitglieder der Generalkommission, die im Beirat für Volksernährung tätig sind, verstehen den Ernst der Situation nicht, haben sich auch von den Ereignissen nicht überraschen lassen. Sie haben schon im Vorjahre nach Abschluß der Ernte davor gewarnt, die Schwierigkeiten in der Ernährung zu unterschätzen; wiederholt ist in eindringlicher Weise im Kriegsernährungsamt darauf hingewiesen, daß ein festes Zugreifen erfolgen muß, um die vorhandenen Getreide- und Kartoffelbestände in öffentliche Verwertbarkeit zu nehmen. Es fehlte leider in den konangebenden agrarischen Kreisen das Verständnis für die Durchführung der hierfür erforderlichen Maßnahmen. Man hat den ganzen Einfluß, den diese Kreise besitzen, ausgenützt, um der Durchführung der Beschläge hindernd in den Weg zu treten. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen kommen wir aber ohne die verständige Mithilfe der Landwirte bei der Behebung unserer Ernährungsschwierigkeiten nicht vorwärts. Der von bestimmten Kreisen gepflegte passive und aktive Widerstand hat leider die Ausführung der Beschläge fast gänzlich zum Stillstand gebracht, die Beschläge sind fast gänzlich außer Acht gelassen, es hat sich ein Zustand herausgebildet, daß ein Verständnis aufkommt für das, was die Zeit fordert.

Manchmal bekommt niemand den Wert der Viehhaltung, aber an erster Stelle stand in diesem Jahre die Sicherstellung der pflanzlichen Nahrungsmittel für die Menschen. Ein Hindernis der ungeklärten Abwicklung der organisatorischen Maßnahmen für die Verteilung der Lebensmittel war der harte Winter, der Transportbeschwerden hervorrief, die in der gegenwärtigen Zeit bei allem guten Willen nicht zu beheben waren. So hat auf der einen Seite das Wollen, auf der andern Seite das menschliche Können versagt.

Niemand wird sich der Einsicht verschließen, daß wir großen Gefahren entgegengehen, wenn wir nicht jetzt die über erfahrenen Bestände gleichmäßig verteilen, und zwar so, daß bis zur nächsten Ernte das Auskommen möglich ist. Besonders schwer wird die Herabsetzung der Brotration von der arbeitenden Bevölkerung empfunden. Es ist aber nach den bisherigen Ergebnissen der Bestandaufnahme leider nicht möglich, mehr zu geben, wenn wir bis zur nächsten Ernte auskommen wollen. Werden die Bestände an Brotgetreide vor der nächsten Ernte verbraucht, dann würde sich später ein viel schlimmerer Mangel ergeben.

Gemindert soll die Herabsetzung der Brotration dadurch werden, daß eine Erhöhung der Fleischration um 250 g pro Woche und die Lieferung von 5 Pfund Kartoffeln sichergestellt werden. Vielfach werden Zweifel laut, ob dieses Versprechen innegehalten wird, ein Mißtrauen, das noch der bisherigen Erfahrung verständlich ist. Wir haben deshalb das Kriegsernährungsamt um Auskunft darüber ersucht, welche Anordnungen getroffen sind, um das gegebene Versprechen zu erfüllen. Darauf ist uns folgende Antwort ausgegangen:

Auf die mündlich von der Generalkommission an mich gerichtete Anfrage teile ich im Einverständnis mit dem Chef des Kriegsamts und dem Staatskommissar für Volksernährung folgendes mit:

Nach den vorliegenden Berichten ist die Lieferung der zum 16. April 1917 in Aussicht gestellten Kartoffelration von 5 Pfund pro Kopf und Woche nebst der vorgezeichneten Schwerarbeiter-Zulage und der verbilligten Kriegszulage von 250 g (125 g für Kinder) in der großen Mehrzahl der Bezugsgebiete gesichert. Für die wenigen Bezirke, wo die Anlieferung der Kartoffeln wegen der bis in die letzten Tage fortwährenden Fröste bis zum 16. April noch nicht genügend hat erfolgen können, ist entsprechend den ortsüblichen Veröffentlichungen des Kriegsernährungsamts (Mittelteilung des Kriegsernährungsamts Nr. 21 vom 27. März 1917) Vorsorge getroffen, daß für die fehlenden Kartoffeln Mehl als Ersatz gegeben wird. Wo die Lieferung der Fleischzulage von einem halben Pfund wöchentlich anzunehmende Weise am 15. April noch nicht erfolgen kann, wird für die nicht gelieferte Fleischzulage gleichfalls Mehl bzw. Brot als Ersatz ausgegeben werden, so daß eine Kürzung der Brot- und Mehlration ohne gleichzeitige verminderte Fleischlieferung nicht eintritt.

gez. Batschi.

Vom Kriegsernährungsamt ist uns die Versicherung gegeben, daß die Verwaltungsbehörden angewiesen sind, eifrig für die Durchführung der getroffenen Anordnungen zu sorgen. Ferner, daß die von der Militärbehörde vorgenommene Nachprüfung der Angaben bei der Bestandaufnahme und die Beschlagnahme der Vorräte mit aller

Strenge weiter durchgeführt wird. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die bei dieser Nachprüfung sich ergebenden Mehrbestände eine Erhöhung der Brotration ermöglichen.

Die Zulage von 250 g Fleisch wird an die Konsumenten zu einem niedrigen Preise abgegeben, so daß für diejenigen, die bisher ihre Fleischration bei der hohen Preislage nicht in Anspruch nehmen konnten, der Einkauf jetzt möglich wird. Es ist also anzunehmen, daß die Ernährung der Bevölkerung gegenüber dem gegenwärtigen Zustand nicht verschlechtert wird.

Die Generalkommission der Gewerkschaften hat gemeinsam mit den übrigen Gewerkschaftsgruppen und den Angehörtenverbänden in der Eingabe an den Reichsanwalt am 21. Februar dieses Jahres mit aller Entschiedenheit die Durchführung der Beschlagnahme der Nahrungsmittel gefordert. Dem Verlangen ist nachgekommen, die Revisionen erfolgen jetzt und sie werden, wie uns aus mehreren Orten berichtet wird, streng durchgeführt.

Die Generalkommission wird auch weiter im Interesse der arbeitenden Bevölkerung jede Verzögerung der getroffenen Maßnahmen oder ein Abweichen von den gegebenen Versprechungen rüchsig bekämpfen. Sie weiß, daß sie hierbei nicht nur im Einverständnis mit den Mitgliedern der Gewerkschaften handelt, sondern daß sie auch der Zustimmung und Mithilfe der übrigen Unterzeichner der Eingabe vom 21. Februar und 1. März dieses Jahres sicher ist. Die englische Absperrung vom Auslandsmarkt macht die Zuführung von Lebensmitteln unmöglich und legt uns schwere Entbehrenungen auf. So bitter es ist, diese Tatsache zu konstatieren, so wenig helfen wir sie durch Handlungen, die der Einseitigkeit eines bestimmten, erreichbaren Zieles entbehren. Wir müssen alle Kräfte einsetzen für die Einheit und Geschlossenheit der Arbeiterbewegung, damit durch die Organisation die Sicherung der Volksernährung herbeigeführt wird, die unter den gegebenen Verhältnissen möglich ist.

Vom Ausland.

Schweden. Sämtliche Gewerkschaften im Baugewerbe von Stockholm sind wegen der großen Teuerung bei den verschiedenen Arbeitgeberverbänden um eine Lohnerhöhung von 20 Oere die Stunde eingekommen.

Norwegen. Vor einiger Zeit hatten die meisten Arbeiter des norwegischen Baugewerkes ihre Kündigung eingereicht, da die Verhandlungen über neue Tarife bisher ergebnislos waren. Der Zentralverband des norwegischen Arbeitervereins beschloß die Generalauspeisung.

Holland. Nach dem Organ der niederländischen Gewerkschaftszentrale „Volkbeweging“ waren am 1. Februar dieses Jahres von 132.647 angehörenden Mitgliedern gänzlich arbeitslos; 10.583 gegen 8042 am 1. Januar dieses Jahres, also 31,3 pSt. mehr. Die Zahl der teilweise arbeitslosen liegt bei 3385, gleich 61,5 pSt. Zunahme. Einzelne Berufe sind bereits recht empfindlich in Mitleidenschaft gezogen. So hatten beispielsweise zu bestimmten an gänzlich arbeitslos: Maler und Anstreicher 21,2, Diamantarbeiter 25,8, Hafnarbeiter 34,8, Sechse 46,8, Stukkateure 57 pSt. Im Februar hat die Arbeitslosigkeit allgemein eine erhebliche Zunahme erfahren. Wegen mangelnder Rohstoffe infolge der unterbundenen Zufuhr sind viele Fabriken ganz oder teilweise stillgelegt worden.

Dänemark. In einer an den Minister des Innern gerichteten Eingabe ersucht der dänische Gewerkschaftsbund, den durch die Kriegsmassnahmen arbeitslos gewordenen Arbeitern staatliche Zuschüsse zu gewähren. In Betracht kommen gegenwärtig: Seeleute und Hafenarbeiter, Rutscher und ungelernete Arbeiter, ferner Brennerarbeiter, Kellner und andere, die durch die Alkoholgesetzgebung und den beschränkten Restaurationsbetrieb ganz oder teilweise arbeitslos geworden sind.

Verschiedenes.

Sichert die Kleingärten! Die Kriegsverhältnisse haben bekanntlich eine ungemein starke Entwicklung des Kleingartenwesens gezeigt und überhaupt den Hunger der städtischen und gewerblichen Bevölkerung nach Land das sie selber bebauen kann, in weitem Umfange geweckt. Es ist aber zu erwarten, daß diese starke Nachfrage der städtischen und gewerblichen Bevölkerung nach Land auch nach Friedensschluß andauern wird. Schon die hohen Lebensmittelpreise und die Lebhaftigkeit des nun einmal erwachten Wunsches nach Leben und Tätigkeit im Freien werden dafür sorgen. Andererseits werden aber die Schranken, die einer rücksichtslosen Preisausnutzung des in Frage kommenden Landes durch die Eigentümer jetzt noch entgegenstehen, mit Friedensschluß zum großen Teile fallen. Vielfach sind Pachterträge mit niedrigen Preisen für die Kriegsbauer abgeschlossen, die dann hinfällig werden, und ganz allgemein wird dann der wolliche Zaum fallen, den jetzt noch der Ernst des Krieges der Preistreiber anlegt. Es ist also dringende Gefahr vorhanden, daß nach Kriegsende große Preiserhöhungen des für die städtische und gewerbliche Bevölkerung benötigten gärtnerischen und landwirtschaftlichen Geländes eingetreten, daß sich eine lebhafte Spekulation entwickelt und daß die jetzigen schon Anfänge durch eine unheilvolle Entwicklung in der Zukunft wieder weggespült werden. Das darf aber natürlich nicht geschehen, und dagegen muß jetzt schon Vorsorge getroffen werden. Abhilfsmittel stehen ja auch mancherlei zur Verfügung, zum Beispiel die dauernde Ueberführung von möglichst viel Land durch Ankauf usw. in öffentliche und gemeinnützige Hände, planmäßige Vereinbarungen mit den Eigentümern über Preise und Verpachtung des Landes usw. für längere Zeit durch die Gemeindeverwaltungen und andere Stellen von Einfluß und Erfahrung,

ebenfalls auch Verpachtung größerer Landflächen durch die Gemeinden auf längere Zeit. Auch die dauernde Uebernahme der Kleingartenkolonien in die Debaunungspläne, um überhaupt die entsprechende Gestaltung der Debaunungsbestimmungen zu berufen, eine Rolle zu spielen. Endlich können auch die Festlegung von Höchstpreisen und Begrenzungen auf Grund der vom Bundesrat in der Kriegserlassen Verordnungen in Betracht. Auf alle Fälle muß erlassen ein Damm errichtet werden, um das so schon begonnene Werk der Wiederannäherung der städtischen und gewerblichen Bevölkerung an den Boden zu sichern und ihm weitere Entfaltung möglich zu machen.

Kleister aus Kartoffelmehl wird nach der „Zeitschrift für Deutschlands Buchbinder“ wie folgt hergestellt:

Ein Pfund Kartoffelmehl wird mit lauwarmem Wasser ziemlich dünn angerührt; dann ein halber Eßlöffel voll Borax und eine Tafel gewöhnlicher Weizenmehl gelöst hinzugesetzt. Unter ständigem Rühren wird heraus, wie bei der Zubereitung von Kleister aus Weizenmehl, mit kochendem Wasser überbrüht. Zur angegebenen Menge sind vier Liter Wasser erforderlich.

Kleister, nur aus Kartoffelmehl hergestellt, wird leicht gallertartig; durch obiges Rezept soll dies verhindert werden.

Fachliteratur.

„**Zeichen-Archiv**“, illustrierte Monatschrift für Zeichenkunst- und geschichtsbildenden Unterricht und verwandte Gebiete. Organ des Bayerischen Schularchivs für Zeichen in München. Herausgeber und Schriftleiter: L. M. A. Capeller, Basing-München, königlicher Präparandenlehrer und Zeichenlehrer an der königlichen Lehrerbildungsanstalt Basing. Das uns vorliegende, druckreife Aufsätze enthält eine Festschrift für Schüler höherer Lehranstalten von Professor A. Freitag-München, mit Abbildungen von Professor Angelo Jant; die christliche Kunst in der Schule von Dr. Th. Scherz-Kreising, und der zeichnerische Anschauungsunterricht von Hermann Kasper-Wien. Sehr beachtenswert für die Erziehung und Geschmacksbildung besonders geeignet finden wir das in den „Archivsammlungen“ gebotene reichhaltige Zeichenmaterial. Das bayerische Schularchiv für Zeichen erteilt (durch Ankauf oder Schenkung) auch Schülerarbeiten aus dem Gebiete des Zeichen- und Kunstunterrichts und veröffentlicht sie im „Zeichen-Archiv“. Bestellungen auf diese empfehlenswerte Monatschrift nimmt jede Postanstalt oder die Geldanstalt des Bayerischen Schularchivs für Zeichen in München-Basing entgegen. Der Preis beträgt vierteljährlich M. 2,50. Einzelheft M. 1.

Literarisches.

Unsere Schulkollegen müssen jetzt ihren ersten Gang zur Schule unternehmen. Für die Eltern erwacht damit die Aufgabe, die seelische und körperliche Entwicklung des Kindes mit besonderer Sorgfalt zu beachten; verändert sich doch mit dem Eintritt in die Schule mit einem Schlag das Leben des Kindes. Das bisherige ungezwungene Dasein hört auf. Vom ersten Schultage an wird das Kind geistigem und körperlichem Anstrengungen rufen im Organismus des Kindes leicht Verderbungen hervor, die rechtzeitig erkannt und beseitigt werden müssen, um schweren Nachteilen für den jungen Erbenbürger zu vermeiden. Da heißt es für die Eltern: aufgepaßt! Eine kleine belehrende Schrift über die Aufgaben der Eltern sei unsern Lesern empfohlen. Sie heißt: „**Das Schulkind**“, von Dr. A. Silberstein. Die Schrift ist für 20 J. in der Vorwärtsbuchhandlung, Berlin SW. 68, zu haben.

„**Die Glocke**“, Sozialistische Wochenschrift, Herausgeber: Parvus. (Verlag für Sozialwissenschaft, G. m. b. H. Berlin SW. 68.) Das eben erschienene Heft 8 enthält unter anderem folgende Artikel: Dr. Paul Vensch, M. d. R.: Nabenfriede. Heinrich Cunow: Die Bevölkerungsbewegung im Weltkrieg. Hermann Wendel, M. d. R.: Der bürgerliche Charakter der französischen Revolution. Curt Bising: Der Empfindungsanspruch. Hermann Waututat: Ausschichten der Sozialreform. Max Sachs: Arbeiterschaft und Bauvereinigungen. Joachim Kaiser: Käthe Kollwitz. Ernst Ullrich: Eine Wagenfabrik. Bruno Dietel: Aufrichtung. Oskar Maria Graf: Wegpunkt. — Einzelhefte 80 J., vierteljährlich M. 3,50 bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

Vereinstell.

Bericht der Hauptliste vom 16. bis 21. April

Eingekandt haben: Fürstenwalde M. 8,82, Cassel 4, Meerane 72,88, Offen 500, Recklinghausen 5, Spremberg, Dessau 100, Wilhelmshaven 100, Berlin 500, Eisenach 5, Celle 57,98, Sonderswerda 9,83, Heilbronn 94,84, Ulm 10

Wertzeichen wurden versandt (B = Beitragsmarkt, E = Eintrittsmarkt): Köln 1200 B a 75 J., 400 B a 1200 B a 115. Pforzheim 100 B a 120. München 1000 B a 105, 2000 B a 125. Bremen 100 B a 45. Danzig 400 B a 75, 200 B a 100, 400 B a 120. Dresden 200 B a 45. Düren 100 B a 110. Emden 100 B a 75. Elmseege 10 B a 100. Graubenz 200 B a 75. Kolberg 100 B a 10. Siegnitz 200 B a 70. Plauen i. V. 400 B a 80. Erfurt 400 B a 80, 400 B a 120, 20 E a 100. Heilbronn 400 B a 115. Wiesbaden 1200 B a 80, 400 B a 10. Gotha 10 B a 50. Hildesheim 10 E a 100. Ulm a. d. D. 400 B a 80

Die Woche vom 29. April bis 5. Mai ist die 18. Beitragswoche. P. Wenker, Kassierer.

Der heutigen Ausgabe liegt die Nummer 15 des „Correspondenzblattes“ bei.